

Antrag

der Abg. Daniel Born u. a. SPD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau

Die Wohnraum-Allianz für Baden-Württemberg: Die Entwicklung von Beschlussvorschlägen bzw. Empfehlungen

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. ab wann dem Wirtschaftsministerium die Beschlussvorschläge für das zweite Spitzentreffen, die von den Arbeitsgruppen entwickelt wurden, vorlagen;
2. wann das Wirtschaftsministerium die Beschlussvorschläge an die Teilnehmer des zweiten Spitzentreffens verschickt hat;
3. welche Veränderungen zwischen dem am 6. Dezember 2016 verschickten Papier und dem auf der Sitzung diskutierten Papier bestanden;
4. wie es zu diesen Veränderungen kam;
5. ob es seitens der Landtagsfraktionen von Grünen und CDU Einfluss auf die Veränderungen gab;
6. wer veranlasste, dass aus Beschlussvorschlägen Empfehlungen wurden, und worin diese veränderte Bezeichnung begründet lag.

15. 12. 2016

Born, Stoch, Gall, Dr. Weirauch, Dr. Fulst-Blei SPD

Begründung

Im Zuge der Arbeit der Wohnraum-Allianz sind Fragen zur Entstehung der Beschlussvorschläge bzw. Empfehlungen aufgetaucht. Diese können allein vom den Prozess verantwortenden und zuständigen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau beantwortet werden. Dies ist auch deshalb von Bedeutung, weil die Wohnungssituation in Baden-Württemberg angespannt ist und hier rasch Abhilfe geschaffen werden muss. Hierfür ist eine reibungslose Zusammenarbeit aller Verantwortlichen erforderlich.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 10. Januar 2017 Nr. 2-2710/46 nimmt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. ab wann dem Wirtschaftsministerium die Beschlussvorschläge für das zweite Spitzentreffen, die von den Arbeitsgruppen entwickelt wurden, vorlagen;

Zu 1.:

Die Beschlussvorschläge für die zweite Sitzung der Wohnraum-Allianz am 8. Dezember 2016 wurden dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau inhaltlich mit der jeweiligen Sitzung der Arbeitsgruppe, in der die Vorschläge erarbeitet wurden, bekannt. Die Arbeitsgruppen haben an folgenden Terminen getagt:

AG „Finanzierung und Förderung“:

- 26. September 2016, 20. Oktober 2016, 17. November 2016

AG „Bauplanungsrecht einschließlich Flächengewinnung“:

- 12. September 2016, 10. Oktober 2016

AG „Bauordnungsrecht“:

- 11. Oktober 2016, 24. Oktober 2016, 16. November 2016

AG „Miet- und Wohnungsrecht“:

- 20. September 2016, 8. November 2016

2. wann das Wirtschaftsministerium die Beschlussvorschläge an die Teilnehmer des zweiten Spitzentreffens verschickt hat;

Zu 2.:

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau hat den Akteuren der Wohnraum-Allianz die Beschlussvorschläge für die zweite Sitzung der Wohnraum-Allianz am 8. Dezember 2016 mit E-Mail vom 6. Dezember 2016 übermittelt.

3. welche Veränderungen zwischen dem am 6. Dezember 2016 verschickten Papier und dem auf der Sitzung diskutierten Papier bestanden;

Zu 3.:

Zur Vorbereitung der Sitzung der Wohnraum-Allianz am 8. Dezember 2016 hat das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau mit Schreiben vom 6. Dezember 2016 den Akteuren der Wohnraum-Allianz auf Kopfbogen des Ministeriums aus den bisherigen Sitzungen der Arbeitsgruppen abgeleitete Beschlussvorschläge übermittelt. Diese wurden in der Sitzung am 8. Dezember 2016 auf neutralem Papier textlich unverändert als Empfehlungen aufgelistet.

4. *wie es zu diesen Veränderungen kam;*
5. *ob es seitens der Landtagsfraktionen von Grünen und CDU Einfluss auf die Veränderungen gab;*
6. *wer veranlasste, dass aus Beschlussvorschlägen Empfehlungen wurden, und worin diese veränderte Bezeichnung begründet lag.*

Zu 4., 5. und 6.:

An das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau wurde der Vorschlag aus den Reihen der Landtagsfraktion der Grünen herangetragen, die Begrifflichkeit „Beschlussvorschlag“ nicht zu verwenden. Dieser Vorschlag wurde vom Ministerium aufgegriffen und als Ersatz die Begrifflichkeit „Empfehlung“ verwendet, weil damit die eindeutige Sachlage, dass die Beschlüsse der Wohnraum-Allianz für die Landesregierung empfehlenden Charakter haben und nicht bindend sind, noch stärker zum Ausdruck gebracht wird.

Dr. Hoffmeister-Kraut
Ministerin für Wirtschaft,
Arbeit und Wohnungsbau